

Prinz Bernhard fühlt sich für Rechtsstreit gewappnet

Kunstwerke: Haus Baden stellt eigenes Gutachten vor

Stuttgart. Wenige Tage, bevor die Expertenkommission des Landes ihr Gutachten über die Besitzverhältnisse badischer Kunstgegenstände präsentiert, hat Bernhard Prinz von Baden eine eigene Expertise vorgestellt. Seine juristischen Gutachter, die Professoren Rudolf Dolzer (Bonn), Carl-Heinz Heuer (Frankfurt) und Hermann Nehlsen (München) kommen zu dem Ergebnis, dass das Land weder die vor 1800 erworbenen Kulturgüter noch die Objekte aus der Zeit der Säkularisation beanspruchen könne. Differenziert betrachtet werden müssten allein Erwerbungen, die im weiteren Verlauf des

19. Jahrhunderts in die Sammlungen kamen. Sofern sie mit Mitteln des öffentlichen Budgets erworben wurden, seien sie Eigentum des Staates. Habe sie der Großherzog mit eigenem Geld gekauft oder seien sie ihm geschenkt worden, gehörten sie dem Haus Baden, meint Gutachter Dolzer. „Wir bekräftigen unseren Anspruch auf die historischen Kunstsammlungen und sind zu einer gerichtlichen Klärung bereit“, resümierte Prinz Bernhard.

Die Experten betonen, dass das Land Baden und danach das Land Baden-Württemberg die seit 1872 verwahrten Sammlungen bis 1967 stets als Leihgaben und nie als Eigentum des Landes betrachtet hätten. Erst

mit einem Gutachten der Landesregierung vor 40 Jahren habe sich diese Auffassung geändert. Die damalige Expertise sei in Auftrag gegeben worden, nachdem die Landesbibliothek Karlsruhe mit einem früheren Gutachten aus dem Jahr 1959 unzufrieden gewesen sei. Nie habe im Übrigen die umstrittene Zähringer-Stiftung Teile der fraglichen Kulturgüter erworben, sagte Stiftungs-Experte Carl-Heinz Heuer. Die Beteiligten hätten in den 50er Jahren schlicht nicht erkannt, dass

dazu die Kunstgegenstände formal auf die Stiftung übertragen werden mussten. Der Prinz zeigte sich weiter an einer außerge-

„Zähringer Stiftung
hat keinen Anspruch“

richtlichen Einigung – möglichst einem Vergleich – interessiert. Sobald wieder verhandelt werde, weise er auch nach, dass seine Familie 30 Millionen Euro in die Erhaltung des Schlosses Salem investiert habe. In Kürze will das Haus Baden ein mögliches Verwertungskonzept für das Schloss präsentieren. Es soll die Grundlage für eine Vermarktung sein, wenn die Verhandlungen mit dem Land scheitern.

Ungehalten zeigte sich der Prinz über die Forderung von Kunstexperten, Kunstwerke aus den Gemächern der Familie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wolfgang Voigt

KRÄFTEMESSEN MIT DEM LAND: Bernhard Prinz von Baden sieht sich durch ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten zu den Besitzverhältnissen von Kunstgütern bestätigt.

Foto: dpa